

Bundesverband Medienbildung, Stubergasse 18, 5020 Salzburg

BVMB Obmann

An

Dr. Christian Swertz

die wahlwerbenden Parteien

Strubergasse 18

5020 Salzburg

+43.699.18172464

1010 Wien

office@bundesverband-medienbildung.at

http://bundesverband-medienbildung.at

Vorstand ÖFEB Medienpädagogik

Dr. Josef Buchner

Dr. Alessandro Barberi

Altenberger Straße 69

4040 Linz, Österreich

+43 676 5953505

Wahlfragen zur Nationalratswahl 2024

3.6.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Gesetzgeber:in werden Sie Entscheidungen über mediale und digitaltechnologische Entwicklungen treffen, mit denen Sie gesellschaftliche Herausforderungen und bildungspolitische Entwicklungsbedarfe verbinden, die die Zukunft der Medienbildung in schulischen und außerschulischen Institutionen betreffen. Im Namen der Sektion Medienpädagogik der Österreichische Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen (ÖFEB, <https://www.oefeb.at/sektionen/sektion/5>) und des Bundesverbands Medienbildung (<https://bundesverband-medienbildung.at/>) laden wir Sie und alle bundesweit wahlwerbenden Parteien zum Nationalrat ein, uns über Ihre Perspektiven, Ideen und Vorhaben im Bereich der Medienbildung bis zum 28.Juni 2024 durch Antworten auf die folgenden Fragen zu informieren. Wir bedanken uns bereits im Voraus für Ihre Bereitschaft zur Beteiligung und hoffen, wichtige Anhaltspunkte für die Wahlentscheidung und relevante Impulse für die öffentliche Diskussion zu erhalten. Die Antworten wollen wir nebst Ihren ergänzenden Hinweisen unseren Mitgliedern und der interessierten Öffentlichkeit in facheinschlägigen Medien zur Verfügung stellen. Wir dürfen uns schon jetzt für Ihre Antworten auf die folgenden Fragen bedanken.

1. Die Vermittlung von Medienbildung, in der Medienkritik (Reflexion) und Mediengestaltung (Partizipation) inkludiert wird, ist für die persönliche Entwicklung der Bürger:innen ebenso wichtig wie für die Entwicklung des demokratischen Staates. Die Vermittlung von Medienbildung ist daher eine wichtige Aufgabe öffentlicher Bildung, für die in Österreich verschiedene Institutionen etabliert wurden. Wie wollen Sie als Gesetzgeber:in die Vernetzung der Institutionen und Träger:innen, in denen Medienbildung vermittelt wird, unterstützen?
2. Die UNESCO hat das auf Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte basierende Konzept der Medien- und Informationskompetenz (Media- and Informationliteracy - MIL), das zuletzt durch die Erläuterung zur Rechte der Kinder in der Digitalen Welt ergänzt wurde, entwickelt [<https://www.unesco.org/en/media-information-literacy>]. Wie wird die Media- and Information Literacy im Programm Ihrer

Partei berücksichtigt und wie werden Sie als Gesetzgeber:in öffentliche Schulen, die offene Kinder- und Jugendarbeit, Bürger:innenmedien und öffentlichen Büchereien in der Umsetzung des MIL-Konzepts unterstützen?

3. Für Chancengerechtigkeit in einer digitalen Gesellschaft bedarf es neben formalen Bildungsangeboten auch niederschwellig zugänglicher, non-formaler und informeller Lern- und Erfahrungsräume. Öffentliche Büchereien, die offene Kinder- und Jugendarbeit und Bürger:innenmedien sind besonders für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche ein wichtiger komplementärer Ort der Auseinandersetzung mit digitalen Technologien. Wie werden Sie als Gesetzgeber:in dafür Sorge tragen, dass pädagogische Institutionen personell und materiell gut ausgestattet werden?
4. Das gesellschaftliche Risiko der digitalen Spaltung (Digital Divide) betrifft alle Altersgruppen. Welche Maßnahmen wollen sie setzen, um diesem Risiko entgegenzuwirken und sicherzustellen, dass insbesondere auch ältere Menschen und benachteiligte Gruppen in den digitalen Wandel gut mitgenommen werden? Welche Rolle spielen dabei die öffentlichen Büchereien als allgemein zugängliche digitale Lernorte?
5. Anwendungen aus dem Bereich der künstlichen Intelligenz werden derzeit dazu verwendet, die Bürger:innen in Österreich an die Anforderungen und Vorgaben digitaler Systeme anzupassen und sie so auszubeuten. Wie werden Sie als Gesetzgeber:in dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche vor der Ausbeutung durch KI-Systeme geschützt werden und ihnen die freie und kreative Entfaltung möglich wird?
6. Im Bildungsbereich werden zunehmend kybernetische Steuerungs- und Kontrollsysteme verwendet (Learning Analytics, Lernverlaufsanalysen, Classroom Management Systeme etc.). Wie werden Sie als Gesetzgeber:in die Schüler:innen vor den damit verbundenen Auswirkungen wie dem Datendiebstahl durch Konzerne, dem Social Scoring oder dem Zustellen von Werbung schützen?
7. Mit der Aktualisierung des Grundsaterlasses Medienbildung auf dem Hintergrund der Digitalisierung (https://rundschriften.bmbwf.gv.at/download/2022_12.pdf) soll der Forderung nach entsprechender Anpassung der schulischen Medienbildung und nach verstärkter Förderung von Medienkompetenzen bei allen Schüler:innen Rechnung getragen werden. Wie werden Sie als Gesetzgeber:in die flächendeckende Umsetzung des Grundsaterlasses Medienbildung unterstützen?
8. Im Lehrplan für digitale Grundbildung ist die Berücksichtigung von Inhalten aus der Medienpädagogik, der Kommunikationswissenschaft, der Medienwissenschaft und der Informatik vorgesehen. In den Lehramtsstudien der meisten Verbände wird allerdings überwiegend Informatik unterrichtet und oft mit Produktschulungen verwechselt. Die ausgebildeten Lehrpersonen können das Fach also nicht unterrichten. Welchen Nachbesserungsbedarf sehen Sie in diesem Zusammenhang hinsichtlich der Aus-, Fort- und Weiterbildung und welche Maßnahmen werden sie als Gesetzgeber:innen setzen, um eine dem Lehrplan entsprechende Qualifikation der Lehrpersonen sicher zu stellen?
9. Der EU-Datenschutzbeauftragte hat festgestellt, dass die europäische Kommission gegen die EU-Richtlinie 2018/1.725 verstößt, weil Office365 von Microsoft von Mitarbeiter:innen der Kommission verwendet wird (<https://orf.at/stories/3351232/>). Schüler:innen in Österreich wird in den Bundesschulen von der Bundesregierung ebenfalls Office365 zur Verfügung gestellt. Daher verstößt die derzeitige Regierung ebenfalls gegen geltendes Recht, gibt hohe Summen für Lizenzgebühren aus und

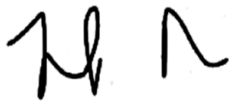
fordert die Schüler:innen zu rechtswidrigem Verhalten auf. Wie werden Sie als Gesetzgeber:in dafür sorgen, dass die Regierung sich an geltendes Recht hält?

10. Öffentliche Diskussionen sind wichtig für die demokratische Willensbildung. Digitale Technologien werden regelmäßig verwendet, um Desinformationen zu erzeugen und zu verbreiten (Deepfake, Trollfabriken, Shitstorms, Hasspostings etc.). Damit werden öffentliche Diskussionen erschwert. Welche Maßnahmen wollen Sie als Gesetzgeber:in setzen, um die Störung öffentlicher Diskussionen mit digitalen Technologien zu verhindern und die Beteiligung von Bürger:innen in Österreich an öffentlichen Diskussionen zu unterstützen?

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Christian Swertz, Obman des BVMB



Dr. Josef Buchner, Vorsitzender der Sektion Medienpädagogik der ÖFEB



Dr. Alessandro Barberi, Vorsitzender der Sektion Medienpädagogik der ÖFEB